

Herausgeber:
Heinrich Bechtoldt
Geschäftsführender Herausgeber
Hans Apel
Herbert von Borch
Kurt Georg Kiesinger
Klaus Ritter
Walter Scheel
Helmut Schmidt
Richard von Weizsäcker
Gerhard Wettig

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

AUSSEN POLITIK

Manfred Steinkühler
Franzosen und Deutsche

Klaus W. Grewlich
Positivsummen-Spiel USA – Japan – Europa?

Udo Steinbach
Die Türkei steht in der Dritten Republik

Aziz Alkazaz
Die Ökonomie in Nahost seit den 80er Jahren

Volker Stanzel
**Marxismus in Arabien: Der Südjemen
nach zwanzig Jahren Unabhängigkeit**

Manfred Mols
Regionalismus in Lateinamerika und Südostasien

Klaus Frhr. von der Ropp
Republik Südafrika: Sieg der Gegenrevolution?

39. Jahrgang

3/88

3. Quartal 1988 Verlagsort Hamburg DM 12,50

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 39

3. Quartal 1988

Manfred Steinkühler Franzosen und Deutsche	207
Klaus W. Grewlich Positivsummen-Spiel USA – Japan – Europa?	217
Udo Steinbach Die Türkei steht in der Dritten Republik	237
Aziz Alkazaz Die Ökonomie in Nahost seit den 80er Jahren	256
Volker Stanzel Marxismus in Arabien: Der Südjemen nach zwanzig Jahren Unabhängigkeit	270
Manfred Mols Regionalismus in Lateinamerika und Südostasien	284
Klaus Frhr. von der Ropp Republik Südafrika: Sieg der Gegenrevolution?	301

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Hans Apel, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7000 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 4 59 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Hartwicusstraße 3-4, D-2000 Hamburg 76, Telefon: (0 40) 2 29 06 09, Verleger: Karin Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Wallenwever-Druck Heine KG, Grapengießstraße 30, D-2400 Lübeck 1.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

Republik Südafrika: Sieg der Gegenrevolution?

Sanktionen gegen die Republik Südafrika — ja oder nein? Die Frage ist international höchst umstritten, und in der Bundesrepublik Deutschland ist sie im vergangenen Frühjahr ebenfalls wieder Gegenstand heftiger Diskussionen gewesen. In den Antworten erwarten die einen schnelle Veränderungen und den Zusammenbruch des Apartheid-Regimes, die anderen täuschen sich nicht, daß der Widerstand des weißen Südafrikas gegen Sanktionen eine Funktion der geforderten Zugeständnisse ist: Pretoria wird sich allen wirklichen Konzessionen widersetzen, und der Widerstand wird noch viel größer, wenn die Kapitulation, d. h. die Selbstaufgabe des Afrikanerdoms verlangt wird. Das Botha-Regime verschanzt sich dabei hinter seinen Erfolgen gegen die Aufstände der Jahre 1984/1986. Dies ist der Ausgangspunkt für Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der seit Jahren für diese Zeitschrift die Entwicklung im südlichen Afrika analysiert und auch jetzt wieder eine Informationsreise dorthin unternommen hat. Die Schwarzen und die Weißen in Südafrika wissen zuwenig voneinander, weil es keinen Dialog gibt. Sicher ist heute, daß ohne den ANC keine Lösung der Probleme zu finden ist. Aber niemand weiß auch, wie ein ANC-Staat aussehen würde. Er würde gewiß kein demokratischer Staat nach westlichen Kriterien sein, auch keinen Pluralismus dulden; erst recht sind dann Hinweise auf die Entwicklung in Zimbabwe unangebracht. Vorerst bekämpfen sich die Oppositionsparteien und -gruppierungen untereinander, und sie unterschätzen die wirtschaftliche und militärische Stärke der Regierung. Ihr Ruf nach Sanktionen ist dann mehr der Ausdruck eines Wunschdenkens oder auch der Hilflosigkeit, den richtigen Weg zum Sturz des Regimes zu finden. Nur sollte sich niemand täuschen: der Aufruhr wird wieder losbrechen, wenn sich die nächste Gelegenheit bietet.

I. Zum Ringen der Bundesregierung in der Südafrikafrage

Die erneute Mitgliedschaft im Sicherheitsrat (SR) der Vereinten Nationen (1987/88) wie auch ihre Präsidentschaft in den Europäischen Gemeinschaften (1. Halbjahr 1988) gaben der Bundesrepublik Deutschland manche zusätzliche Gelegenheit, zur Beilegung der nach wie vor ungelösten Konflikte Südafrikas wie auch Namibias eine aktivere Politik zu betreiben. Das oft sehr harte Vorgehen der südafrikanischen Sicherheitskräfte gegen die Gegner Pretorias im In- und Ausland stellt im übrigen auch für die Bundesrepublik eine Herausforderung dar. Bisher ist allerdings ein Durchbruch nicht erzielt worden. Bekannt wurde u. a. das Bemühen, die wichtigsten südafrikanischen Oppositionsparteien unter der Schirmherrschaft der EG Anfang 1988 auf deutschem Boden tagen und ihre oft schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten ausdiskutieren zu lassen (sog. Genscher-Boesak-

Initiative)¹. Einzuladen waren hier vor allem UDF/ANC, Inkatha, Azapo/PAC und darüber hinaus besonders profilierte Vertreter von Kirchen und Gewerkschaften. Dieses Vorhaben scheiterte an der Weigerung von UDF und ANC, mit Vertretern von Inkatha zu diskutieren. Sie tun die nach wie vor gefolgschaftsstarke Bewegung des Zulu-Führers Gatsha M. Buthelezi als tribalistisch ab und bestreiten ihr das Existenzrecht. Ein Blick auf die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen von UDF/ANC und Inkatha zunächst in Durban und später in Pietermaritzburg macht deutlich, daß ein Treffen, an dem einer der Kontrahenten nicht teilnimmt, sinnlos wäre. Absicht des ANC war hier wohl weniger, Konflikte beizulegen als sich selbst öffentlichkeitswirksam darzustellen. Ende 1987 waren Bonner Politiker auch bemüht, die im März 1977 von Deutschen und Amerikanern aus der Taufe gehobene Namibia-Initiative der westlichen Fünf (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada) wieder zu beleben. Dies Unterfangen hätte, wenn überhaupt, nur dann eine Chance gehabt, wenn die Bundesregierung ausdrücklich festgestellt hätte, daß die 1977/78 von den westlichen Fünf zur Regelung des Namibia-Konfliktes erarbeitete Lösung (Res. 435 SR/1978) in ihren Augen nicht länger Modellcharakter für die Beilegung des Südafrika-Konflikts habe, und daß sie im Einvernehmen mit den USA und Großbritannien hier nach einer Antwort *sui generis* suche. Es dürfte heute nämlich unstrittig sein, daß die Namibia-Initiative von 1977 vor allem daran scheiterte, daß ihre Väter glaubten, Pretoria zunächst zur Aufgabe Namibias und anschließend zur Selbstaufgabe bewegen zu können².

Es zeigte sich jedoch, daß die Bonner Regierung nicht in der Lage war, eine solche Erklärung abzugeben. Zu umstritten ist vor allem die Südafrika-, weniger die Namibia-Politik in der konservativ-liberalen Regierung. Hier spielen nicht zuletzt innenpolitische Überlegungen eine wichtige Rolle. Wie unterschiedlich die Positionen der Koalitionspartner sind, zeigte sich sowohl Anfang 1983 als auch Anfang 1987 bei den Koalitionsverhandlungen: in beiden Fällen vermochte man nicht, sich auf einen gemeinsamen Kurs zu einigen; diese Fragen blieben mithin offen. Nur mit großer Mühe war es der Bundesregierung im Dezember 1983 gelungen, eine große Anfrage der sozialdemokratischen Opposition zu ihrer Politik im südlichen Afrika zu beantworten³; darin waren die Autoren, nicht immer überzeugend, um vermittelnde Antworten bemüht. Bundeskanzler Helmut Kohl berief sich im Februar 1988 vor dem Deutschen Bundestag u. a. auf die Erklärung von Dezember 1983⁴.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß nach Südafrika und Mozambique, die dieser Anfang

1 Dazu Robert von Lucius „Neue Südafrika-Initiative der EG/Konferenz aller Oppositionsgruppen . . .“ in FAZ vom 6. August 1987, S. 6.

2 Detailliert dazu Klaus Frhr. von der Ropp: „A ‚Political Initiative‘ for South Africa — A (West) German View“ in „Politikon“ (Pretoria/Stellenbosch) 1987, Juni, S. 3–14 (4–9); ders. „Perspektiven einer Lösung des Namibia-Konflikts“ in „Verfassung und Recht in Übersee“ (Hamburg) 1987, 4. Quartal, S. 431–442.

3 Die Anfrage der SPD ist abgedruckt in „Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion“ vom 6. Juli 1983, S. 1–5. Die (späte) Antwort der Bundesregierung wurde veröffentlicht in „Deutscher Bundestag, Drucksache 10/833 „21. Dezember 1983“, S. 1–20.

4 „Leitlinien der Südafrika-Politik der Bundesregierung“ in „Bulletin“ des BPA/Bonn vom 5. Februar 1988, S. 166–167.

1988 als Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers unternahm, wurden größere Meinungsverschiedenheiten sichtbar. Hier schwelt seit langem ein nicht nur latenter Koalitionskonflikt. Gestritten wird in dieser Frage aber nicht nur in der Koalition, sondern auch in zwei der drei Koalitionsparteien, d. s. die CDU und die FDP. Am deutlichsten wird der Koalitionsstreit wohl in der Einschätzung des seit 25 Jahren inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela. Für Strauß ist er einer der Führer einer marxistischen Bewegung, die sich dem Terror verschrieben hat, für Genscher hingegen ist er der „Bruder der Liberalen“⁵.

Streit besteht sowohl in der Frage, welche politischen Veränderungen in Südafrika herbeizuführen, wie auch darüber, welche Mittel dazu einzusetzen sind. Einigkeit mag in der Frage bestehen, daß es Aufgabe der Südafrikaner selbst sei, bei einer nationalen Konvention eine neue politische Ordnung für ihr Land zu finden.

Ein nicht kleiner Teil beider (!) Unionsparteien wird der These von Strauß⁶ zustimmen, daß diese Verhandlungen auf der Basis des „*verligten*“ Reformprogramms des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha zu führen seien. Vereinzelt Unionspolitiker und die Mehrheit der Liberalen werden dagegen mit Genscher die Meinung vertreten, daß die Apartheid nicht zu reformieren und daher abzuschaffen sei; dies ist bekanntlich auch die These im Grunde aller Gruppen des schwarzen Widerstandes in Südafrika. Wie die letzteren, so fordern auch Genscher⁷ und seine Gefolgsleute in dieser Frage, daß das südafrikanische Dilemma einzig dadurch zu lösen sei, daß die weiße Minderheit die politische Verantwortung auf die schwarze Mehrheit überträgt (*one-man-one-vote in einem Staat*). Eine dritte Meinung, die von einzelnen Liberalen (u. a. Otto Graf Lambsdorff) und liberalen Unionspolitikern um die Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hornhues, Volkmar Köhler und Hans Peter Repnik (sowie den verstorbenen Staatsminister Alois Mertes) vertreten wird, steuert einen vermittelnden Kurs⁸. Sie erkennt an, daß es in Südafrika des fundamentalen Wandels auch im Politischen bedarf, daß dieser jedoch nur zu realisieren sein wird, wenn zuvor das Existenzrecht der nahezu 5 Millionen weißen Südafrikaner machtpolitisch abgesichert worden ist (*copper-bottomed guarantees of existence*). Diese Politiker suchen für Südafrika daher nach „einem bislang unbekanntem Modell des gleichberechtigten Miteinanders mit besonderem Schutz für Minderheiten“ (so eine Reihe von Sozialdemokraten, darunter Egon Bahr, Helmut Schmidt und der Südafrika- und Namibia-Experte Hans Günther Töttemeyer). Ihre Positionen sind jenen sehr nahe, die die Regierungen in London und Paris mit ihren immensen Erfahrungen in Afrika vertreten. Wie in den Augen deutscher Sachverständiger eine solche Ordnung *sui generis* in der Praxis aussehen

5 Nach „Neue Bonner Depesche“ von Juni 1986, S. 21 – 23 „21“.

6 S. dazu Franz Josef Strauß: „Reise für den Frieden“ in „Bayernkurier“ (München) vom 6. Februar 1988, S. 1 – 2. In einem ähnlichen Sinn argumentierte schon Wolfgang H. Thomas „Südafrika zwischen Teilung und Integration“ in „Aussenpolitik“ 1979. 3. Quartal, S. 301 – 322.

7 S. dazu das Interview mit Bundesaußenminister Genscher im „Kölner Stadt Anzeiger“ vom 1. August 1986, S. 4 – 5 (5); weitere Hinweise finden sich in Fn. 13 (S. 439) der hier in Anmerkung 2 angeführten zweiten Arbeit.

8 Einzelheiten dazu in den Fn. 2 aufgeführten Aufsätzen.

könnte, hat vor Jahren der Johannesburger Humboldt-Stipendiat Deon Geldenhuys in der „Aussenpolitik“ dargelegt⁹.

Streitig ist unter westdeutschen Parlamentariern auch, mit welchen Mitteln deutsche Stellen zum Wandel im Politischen in Südafrika beitragen sollten. Einigkeit dürfte allerdings in der Zurückweisung der immer wieder vorgebrachten Forderungen des zambischen Staatspräsidenten Kenneth D. Kaunda bestehen, die südafrikanischen Machthaber, die *direct descendants of Hitler in terms of thought*, die *modern Hitlers, the Nazis of the modern world* so zu behandeln, wie es 1939 den Deutschen widerfuhr, als Großbritannien und Frankreich ihnen den Krieg erklärten¹⁰. Kaunda sprach hier in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der OAU, also als „Sprecher Afrikas“. Sehr viele andere schwarzafrikanische Verantwortliche teilen im vertraulichen Gespräch seine Sicht der Dinge. Ähnlich argumentierte, in bezug auf Südafrikas Rolle in Namibia, der aus Zambia stammende Präsident des UN-Rates für Namibia, Peter D. Zuze, bei der Namibiadebatte des SR im April 1987 *„South Africa’s arrogant attitude towards the United Nations is frustrating and should not be tolerated. The United Nations has intervened before in a military role in Korea, in the Middle East . . . in Katanga . . . What prevents the United Nations from removing the defiant thieves from Namibia?“*¹¹

Die Fraktionen der SPD und, viel stärker, noch der Grünen reden heute der Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika das Wort, um so Südafrika zur Aufgabe von Apartheid (wie auch seiner Namibia-Politik) zu veranlassen. Im Regierungslager gibt es unterschiedliche Meinungen. Nur wenige, allerdings einflußreiche CDU-Politiker, befürworten Sanktionen. Die Mehrzahl der Liberalen argumentiert ähnlich wie die Oppositionsparteien (und die meisten anderen EG-Staaten wie auch der US-Kongreß). Diskutiert werden vor allem die folgenden möglichen Maßnahmen: die Einstellung des Flugverkehrs; die Einführung der Visumpflicht für Südafrikaner; die Reduzierung des Personals der südafrikanischen Botschaft in Bonn; die Rückberufung des bundesdeutschen Botschafters aus Pretoria/Kapstadt; die Beschränkung oder Einstellung des Technologietransfers wie auch des Kapitalverkehrs. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die westdeutschen Liberalen hier schon vor Jahren eine härtere Sprache sprachen als andere. So drohte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher schon im Oktober 1978 bei der von ihm initiierten Namibia-Konferenz Pretoria für den Fall mit der Verhängung von Zwangsmaßnahmen, daß die südafrikanische Regierung sich weigere, Namibia gemäß Res. 435 des SR in die staatliche Unabhängigkeit zu entlassen. Innerhalb der sozialliberalen Koalition setzte er sich damit u. a. gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt durch, der seinen Standpunkt in dieser Frage aber später revidierte¹².

9 „Die Zukunft Südafrikas aus deutscher Sicht“ in „Aussenpolitik“ 1985, 1. Quartal, S. 80–98. S. aus jüngster Zeit die wichtige Abhandlung des früheren Bundestagsabgeordneten (CDU) und jetzigen Bundesverfassungsrichters Hans H. Klein „Über mögliche verfassungspolitische Optionen Südafrikas“, S. 1899–1917 in: Walther Fürst, Roman Herzog u. a. (Hrsg.) „Festschrift für Wolfgang Zeidler“, Berlin, New York, 1987.

10 Zit. nach Andrew Meldrum: „Interview with President Kenneth Kaunda“ in „Africa Report“ (New York) November/Dezember 1987, S. 43–46 (43).

11 United Nations/ Security Council S/ PV 2740 vom 6. April 1987, S. 18–23 (22).

12 Robert von Lucius „. . . Schmidt für Sanktionen gegen Pretoria . . .“ in FAZ vom 23. März 1988, S. 6 i. V.m. ders. „Vermittlungsbemühungen um . . . das südliche Afrika/ Gespräche in Harare unter Vorsitz Helmut Schmidts“ in FAZ vom 21. März 1988, S. 1–2

Es fällt auf, daß in der internationalen Sanktionsdiskussion kaum gesehen wird, daß der Widerstand des weißen Südafrikas gegen Sanktionen naturgemäß (!) eine Funktion der geforderten Zugeständnisse ist. Pretoria wird sich allen wirklichen Konzessionen widersetzen; der Widerstand wird noch viel größer sein, wenn von Pretoria die Kapitulation, d. h. die Selbstaufgabe des Afrikanerdoms gefordert wird.

Eingedenk der Zuspitzung der Lage in Südafrika spricht vieles dafür, daß Bundespräsident Richard Frhr. von Weizsäcker die Entwicklung treffend einschätzte, als er Anfang März 1988 in Lagos/Nigeria das weiße Südafrika warnte¹³ „... noch sollte sich irgend jemand in Pretoria auf einen Freibrief verlassen, wonach zusätzliche verbindliche Maßnahmen bei uns nicht mehr erwogen würden...“ Wie schwer sich heute Vermittler jeder Provenienz im Umgang mit der Regierung der weißen Afrikaner tun, wurde kürzlich den Mitgliedern des SR der Vereinten Nationen vor Augen geführt. Der südafrikanische Delegierte, Les Manley, äußerte nämlich: „*We will not bow to your threats or demands, and we will reject your accusations with contempt and invite you to do your damndest.*“¹⁴ Außenminister Roelof Botha erklärte in diesem Zusammenhang, daß er selbst es gewesen sei, der diese Passage in Manleys Redemanuskript eingefügt habe. Er selbst hatte diese Sprache übrigens schon im Oktober 1978 gegenüber einem westlichen Unterhändler in Pretoria geführt. Es stellt sich die Frage, was hohe Repräsentanten des weißen Südafrikas befähigt, eine solche Sprache zu gebrauchen. Die Antwort kann wohl nur sein, daß ihre Erfolge bei der Niederschlagung der schwarzen Unruhen in den Jahren 1984/86 sie heute triumphieren lassen. Denn diese Unruhen hatten das weiße Südafrika stärker verunsichert als alle Aufstände zuvor.

II. Zur Lage im schwarzen Südafrika

Noch apodiktischer als anlässlich früherer Unruhen (1960 und dann 1976/77) prophezeiten viele ausländische Beobachter der Geschehnisse im südlichen Afrika 1984/86 den Sturz der Regierung in Pretoria. Sie alle, wie übrigens auch sehr viele schwarze Südafrikaner, machten zumindest drei schwerwiegende Fehler¹⁵: sie übersahen die tiefe Zerstrittenheit der schwarzen Opposition; sie unterschätzten die Fähigkeit der Weißen, sich die Streitigkeiten der Schwarzen zunutze zu machen, sie insbesondere gegen die Aufbegehrenden selbst einzusetzen. Auch unterschätzten sie einmal mehr die für Außenstehende offenbar nur schwer zu begreifende Verwurzelung des Afrikanerdoms in Südafrika und seine Entschlossenheit, sich dort um den Preis sehr hoher Opfer an Menschenleben und Sachwerten, die ihnen aber 1984/86 gar nicht abverlangt wurden, zu behaupten¹⁶. Geradezu einfältig waren viele der Meldungen, nach denen das „liberale“ englischsprachige

13 Nach „Erklärung vor der Presse in Lagos/Pressekonferenz in Lagos zur Südafrika – Politik“ in „Bulletin“ des BPA/Bonn vom 26. März 1988, S. 362 – 363 (362).

14 Zit. nach „Cape Times“ vom 9. März 1988, S. 1.

15 In diesem Sinn schon Klaus Frhr. von der Ropp: „Südafrika: Revolution im veränderten Umfeld?“ in „Aussenpolitik“ 1985. 4. Quartal, S. 426 – 437.

16 Zu dem Vorstehenden detailliert Klaus Frhr. von der Ropp: „Südafrika: Die abermals vertagte Revolution“ in „Aussenpolitik“ 1987. 4. Quartal, S. 395 – 406 i. V. d. ers. „Der Gipfel der Blockfreien von Harare“ in „Aussenpolitik“ 1987. 1. Quartal, S. 87 – 97.

weiße Südafrika in den Fragen einer Neuordnung der politischen Macht konzessionsbereiter sei als das Afrikanerdom. Vielleicht ist sogar das Gegenteil der Fall!

1. Die Ignoranz des Gegners als Folge eines fehlenden Dialoges

Gespräche mit „*comrades*“ von UDF/ANC oder Azapo/PAC in den Gettos machen 1988 deutlich, daß sie trotz aller bitteren Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit nach wie vor häufig die Schwäche der eigenen und die Stärke der weißen Positionen übersehen. Ähnlich argumentierte übrigens Pallo Jordan, eines der Mitglieder des ANC, das im Juli 1987 in Dakar mit ca. 60 aus Südafrika angereisten, weitgehend afrikaanssprachigen Weißen zusammentraf. Darauf angesprochen, daß die Guerillaarmee des ANC (*Umkhonto we Sizwe*/ „MK“) angesichts der Stärke Pretorias nicht mehr als einen Waffenstillstand werde erzwingen können, wußte er nur zu antworten: „*It is not conceivable that all the sacrifices we have made, were in vain*“. Hier sind nicht Revolutionsanalytiker, sondern Revolutionsromantiker am Werk! Anhänger des ANC und anderer Gruppen der militanten Opposition vertreten die Auffassung, es sei eine Verschwörung der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Japans, der Schweiz, Israels und Frankreichs mit Pretoria, die die Weißen bislang befähigt habe, sich in Südafrika wie auch Namibia revolutionären Änderungen zu widersetzen. Wie immer man die in der Tat oft fragwürdigen Beziehungen westlicher Länder zu Südafrika beurteilen mag, so sollte doch Klarheit darüber bestehen, daß das System nicht auf ihnen basiert.

Das Fehlen eines Dialoges zwischen Schwarz und Weiß führt auch dazu, daß Weiße in der Regel mit der Mentalität der Schwarzen nicht vertraut sind. So haben die Bannungen vieler dem ANC bzw. PAC nahestehender Organisationen (u. a. UDF, Azapo, Detainees' Parents' Support Committee, National Education Crisis Committee und South African Youth Congress) im Februar 1988 deutlich gemacht, daß Pretoria nach wie vor nicht verhandeln will, sondern nach *docile Bantus* Ausschau hält, denen es, wie in den Jahrhunderten zuvor, seinen Willen aufzwingen kann. Zu Recht urteilt Frank Chikane, der neue Generalsekretär des *South African Council of Churches*¹⁷: „*It is not the question of violence that makes P. W. Botha refuse to talk to the ANC, but it is because he does not want to talk with people who will challenge the fundamentals of the apartheid system — fundamental base and pillars of apartheid. They want to negotiate with people who agree, accept those pillars and endorse them*“.

2. Zum Verhältnis schwarzer Oppositionsparteien zueinander

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der ANC/UDF, ob er nun im Untergrund zu handeln gezwungen ist oder nicht, in der politisch interessierten schwarzen Bevölkerung einen weit größeren Rückhalt hat als alle anderen Parteien der

¹⁷ Zit. nach Martin Mahlaba: „Secretary General returns from European — USA tour“ in „*Ecunews*“ (Johannesburg) November/Dezember 1987, S. 20–22 (21).

Schwarzen. In Beantwortung dieser These weist Pretoria immer wieder auf die angebliche Existenz von Parteien gemäßigter und daher gesprächsbereiter schwarzer Südafrikaner hin. Es gibt jedoch nur eine solche Gruppe, und das ist die Inkatha-Bewegung des Zuluführers G. Buthelezi. Sie hat, dies zugunsten von ANC/UDF, in den zurückliegenden Jahren an Gefolgschaft verloren. Denn Pretoria zwingt auch sie in die Rolle des wenig Erfolgreichen. Im schwarzen Südafrika kann sich auf Dauer aber nur diejenige Partei behaupten, die ihren Anhängern demonstriert, daß sie das weiße Südafrika in seine Schranken zu weisen vermag.

In den 80er Jahren wurde auch in der westlichen Welt erkannt, daß ohne sehr maßgebliche Beteiligung des ANC der Südafrikakonflikt auf Dauer nicht zu lösen ist. So stieß die politische Kultur dieser 1912 gegründeten Befreiungsbewegung auf vermehrtes Interesse. Vorrangig interessiert die Frage, ob im ANC die Nationalisten oder die Marxisten dominieren. Nicht nur in konservativen Kreisen des Westens wird die Sorge geäußert, daß Mitglieder der gleichfalls illegalen *South African Communist Party* in den Führungsgremien des ANC unverhältnismäßig stark vertreten seien. Solche Aussagen sind jedoch nicht zu belegen. Sie mögen richtig sein, sie können genauso gut falsch sein! Nur Pretoria, das den ANC durch die Einschleusung von Agenten unterwandert haben dürfte, verfügt hier über präzise Informationen. Es hat den Anschein, als gäbe es selbst westlichen Geheimdiensten hier statt der Fakten nur sein oft töricht anmutendes, „anti-kommunistisches“ Propagandamaterial. Und der ANC selbst schweigt, wenn er auf seine Zusammenarbeit mit der SACP angesprochen wird! Trotz aller fehlenden Informationen dürfte eines mit Sicherheit feststehen: der ANC ist nicht jene an westlich-demokratischen Wertvorstellungen orientierte Partei, als die er sich im Gespräch mit westlichen und weißafrikanischen Gesprächspartnern in der Regel ausgibt¹⁸. Dafür sorgen nicht nur die unstreitig vorhandenen marxistischen Einflüsse, sondern auch die seit 1976 stark angestiegenen Einflüsse des *Black Consciousness Movement* im ANC. Viele Anhänger der Lehre Steve Bikos und seiner Freunde verließen Südafrika während und nach den Aufständen von 1976/77 („Soweto“) und schlossen sich im Exil nicht dem schlecht organisierten PAC, sondern dem ungleich stärkeren ANC an. So sollte feststehen, daß der Machtkampf, sollte es ihn jemals gegeben haben, zwischen „Liberals“ und „Congressniks“¹⁹ im ANC längst zugunsten der letzteren entschieden ist. Das neue Südafrika (oder Azania) wird gewiß nicht den demokratischen Kriterien genügen, die kürzlich von seiten des US-Außenministeriums für die Zukunft der Republik am Kap zum wiederholten Mal aufgestellt wurden²⁰.

Im Juli 1987 begegnete der ANC in Dakar / Senegal einer aus Südafrika angereisten Delegation von ca. 60 überwiegend afrikaanssprachigen weißen Südafrikanern unter Führung des liberalen Van Zyl Slabbert in großer Offenheit. Alle in Dakar versammelten Delegierten, unter ihnen übrigens als einzige Ausländer drei Deutsche,

18 S. u. a. „A Conversation with Oliver Tambo of the ANC“ in „Cape Times“ vom 4. November 1985, S. 9.

19 Dazu etwa St. Pennington: „Debating the Options“ in „Frontline“ (Johannesburg) 1987, Juni, S. 25–26.

20 S. dazu, unter Berufung auf eine Rede von Außenminister George Shultz von September 1987, Chester A. Crocker: „A Democratic Future: The Challenge for South Africans“ in „Department of State Bulletin“ (Washington) Dezember 1987, S. 32–34. Realistischer erscheinen hier die Ausführungen von Michael H. Armacost: „The U.S. and Southern Africa: A Current Appraisal“ in „Department of State Bulletin“ August 1987, S. 47–50 (47) „... All Americans reject it (i. e. apartheid) ... It must go. The questions are: How? And what shall replace it?“

darunter der Autor dieses Aufsatzes, wußten, daß der ANC neben Pretoria der mit Abstand wichtigste Akteur im Ringen um die Zukunft Südafrikas / Azanias ist. Ausgangspunkt vieler Gespräche war die These des Kapstädter Philosophen André du Toit, die Verfassung eines freien Südafrikas müsse auch das Recht auf Opposition (*rights of opposition*) enthalten²¹. Für die meisten der IDASA- (*Institute for a Democratic Alternative*) Delegierten fiel die Antwort des ANC nicht befriedigend aus. Das Selbstverständnis des ANC als revolutionäre Avantgarde ließ andere Antworten wohl nicht zu: Der ANC sieht sich in der Rolle des „*umbrella leader*“ und des Sprechers der „*democratic masses*“. Die künftigen Verhandlungen, bei denen die Modalitäten der Machtübergabe von der Minderheit an die Mehrheit ausgehandelt werden, werden an einem „*two-sided table*“ stattfinden; an ihm werden sich die „*progressive forces*“ mit dem ANC als „*umbrella leader*“ und die „*racist forces*“ unter Führung Pretorias gegenüber sitzen. Nach dem Machtwechsel wird sich in Südafrika eine neue Nation entwickeln, aus der alle „Rassisten und Tribalisten“ herausdefiniert (*to define out*) worden sind. Das neue Herrschaftssystem wird ein Mehrparteiensystem sein; die Grenzen des letzteren werden jedoch jene der „*liberatory intolerance*“ sein.

3. Das „Modell“ Zimbabwe

Es steht zu befürchten, daß hier -bestenfalls- eines der üblichen autoritären Herrschaftssysteme Schwarzafrikas entstehen wird. Dann wird es der Ordnung vergleichbar sein, die sich jetzt im benachbarten, seit Anfang 1980 freien Zimbabwe herausgeschält hat²²: Seit Abschluß des *unity pact* im Dezember 1987 ist Zimbabwe faktisch ein Einparteiensstaat. Staatspräsident Robert G. Mugabe hat die Inkorporierung der ZAPU/PF-Partei seines Gegenspielers Joshua Nkomo in seine ZANU/PF-Partei nicht mit Überzeugungskraft, sondern mit harter Hand betrieben. Die neue Einheitspartei zielt laut *unity pact* darauf „... to establish a socialist state. . . on the guidance of Marxist-Leninist principles“. Das mag abermals bloße Rhetorik sein. Zimbabwe mag, wie Gerald Braun überzeugend dargelegt hat²³, weiterhin ein „Sozialistisches Land ohne Sozialismus“ sein. Es wird gewiß ein Staat ohne politischen Pluralismus sein. Übrigens wäre die Entwicklung kaum eine andere gewesen, hätte Nkomo über die stärkeren Bataillone verfügt. Auch seine Partei ist keine westlich-demokratische Gruppierung. So aber ist Joshua Nkomo, obwohl vom Amt her einer von drei *Senior Ministers im President's Office*, eine Führungsgestalt ohne Macht. Bezeichnend ist, daß seine kürzlich veröffentlichten Lebenserinnerungen in Zimbabwe nicht zu kaufen sind! Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluß seine bisherigen Gefolgsleute in Zimbabwe in Zukunft haben werden. Sollten sie sich nicht unterordnen, so wird ihnen in Erinnerung gerufen werden, daß Mugabe Anfang 1983 und nochmals Anfang 1984 seine Streitkräfte und später ein wenig subtilere Mittel einsetzte, um die damalige ZAPU/PF-

21 „Strategies of Change“, abgedruckt unter dem Titel „Beginning the Debate“ in „Die Suid – Afrikaan“ (Kapstadt) September 1987, S. 18, 20 – 21 (18).

22 Diese Entwicklung war durchaus absehbar, s. Klaus Frhr. von der Ropp: „Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe“ in „Aussenpolitik“ 1980, 2. Quartal, S. 167 – 179.

23 „Zimbabwe: Sozialistisches Land ohne Sozialismus“ in „Verfassung und Recht in Übersee“ (Hamburg) 1988, 1. Quartal, S. 40 – 53.

Partei gefügig zu machen. Weder die Ausschaltung von Nkomo und seinen Parteigängern noch die Mitte der 80er Jahre erfolgte Erklärung der Gefangenenhilfsorganisation *Amnesty International* zum „Staatsfeind“ waren übrigens erforderlich, damit sich Zimbabwe der südafrikanischen Politik der Destabilisierung der Nachbarstaaten erwehren konnte. Politischer Pluralismus gehört eben nicht zur politischen Kultur des schwarzen Afrikas. Auch in Zimbabwe gibt es keine unabhängigen Gewerkschaften mehr. Die Presse und die anderen Medien sind gleichgeschaltet und verstehen sich als Propagandainstrumente der Einheitspartei ZANU/PF. Die Autonomie der Universitäten und wohl auch der Kirchen ist heute noch begrenzter als in der Zeit der weißen Minderheitsherrschaft unter Ian Smith. Schließlich fällt eine Verödung des öffentlichen Lebens auf.

So wird der Besucher schwarzer Gettos in Südafrika vieles von dem, was ihm die *comrades* von ANC/UDF (oder die von PAC/Azapo) mitteilen, in Skepsis vernehmen. Die Gastfreundschaft von Menschen, die lange inhaftiert waren, die oft nie einem Richter vorgeführt wurden, die gefoltert wurden, die seit langem arbeitslos sind und obendrein keine berufliche Perspektive haben, ist oft überwältigend. Kaum jemals begegnet der Besucher Haß oder rassistischen Äußerungen. Immer wieder wird ihm versichert, der Kampf der *comrades* gelte nicht den Weißen, sondern dem Regime, das allerdings das der Weißen sei. Übergroß ist die Bereitschaft zum Gespräch. Diskussionen sind allerdings nicht immer möglich; es gibt Themen, die zu diskutieren unmöglich ist. Dazu gehören vor allem: der Alleinvertretungsanspruch des ANC; die Forderung nach härtesten und umfassenden Wirtschaftssanktionen, dem Rückzug der diplomatischen Vertretungen aus Pretoria sowie dem Abbruch aller anderen Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Südafrika; das Bekenntnis zum bewaffneten Kampf sowie zum Sozialismus als dem Wirtschaftssystem des künftigen Südafrikas. Sehr häufig sind die *comrades* in ihren diesbezüglichen Äußerungen noch rigoroser als der ANC. um das an einem Beispiel zu illustrieren: In Dakar war der ANC im Juli 1987 zumindest im Gespräch unter vier Augen bereit darüber zu diskutieren, daß das künftige Südafrika angesichts der extremen Heterogenität seiner Bevölkerung kein Einheitsstaat sein werde, sondern für die Republik eine staatliche Ordnung *sui generis* gefunden werden müsse. Die Furcht vor einem totalen Bürgerkrieg läßt manch einen ANC-Funktionär in niemals zitierfähigen Äußerungen hier weit gehen. Die *comrades* hingegen verweigern den Dialog; für sie scheint festzustehen, daß nur sie das Ringen um die Zukunft Südafrikas gewinnen können.

4. Aspekte einer künftigen Ordnung Südafrikas

Auf ihre Vision von einem künftigen demokratischen Südafrika angesprochen, geben sich die *comrades* sofort als *congressniks* zu erkennen. Sie billigen die Weigerung der UDF/ANC-Gruppen, der bereits erwähnten Genscher-Boesak-Initiative zu folgen. Denn Inkatha hat in ihren Augen keine Existenzberechtigung. Dagegen sind sie wohl bereit, den Gewerkschaften das Recht zuzugestehen, unabhängig vom ANC zu existieren und zu wirken. Cyril Ramaphosa, der Generalsekretär der mächtigen *National Union of Mineworkers*, äußerte allerdings in

einem Interview vor kurzem, daß sich der ANC mit der Existenz unabhängiger Gewerkschaften schwertue²⁴.

Die vorstehenden Ausführungen sollten verdeutlichen, daß sich alle Gruppierungen und Parteien, die nicht zu UDF / ANC gehören, darauf einrichten müssen, die Geschicke des künftigen, vom ANC beherrschten Südafrikas nicht aktiv mitzugestalten. Das gilt nicht nur für die Parteien der weißen Afrikaner, seien diese nun reaktionär oder liberal, es gilt auch für die PAC / Azapo-Gruppen, und es gilt erst recht für Inkatha. Von daher erklären sich die oft bewaffneten Kämpfe zwischen ANC / UDF- und PAC / Azapo-Gruppen im östlichen Kap in den Jahren 1984 / 85 und zwischen Inkatha- und UDF-Gruppen in den Gettos von Durban und später jenen von Pietermaritzburg. Die letzteren halten bis auf den heutigen Tag an. Hier wird um die Macht im künftigen Südafrika gerungen! . . . Bis auf weiteres werden diese Auseinandersetzungen nur einen Sieger haben: *Pretoria*. Das weiße Südafrika versteht es vortrefflich, die Konflikte im schwarzen Südafrika zu schüren und anderweitig für sich zu nutzen. Auch profitiert Pretoria von der Angst, die viele unpolitische Schwarze angesichts der revolutionären Gewalt empfinden. Um auch das an einem Beispiel zu illustrieren. Eine Form des Ausdrucks des Protestes ist, daß schwarze Mieter über Jahre dem Staat keine Mieten überweisen. Die Behörden drohen ihnen daraufhin mit der Ausweisung. Die *comrades* gaben dann die überall an Häuserwänden zu lesende Parole aus: „*Pay your rent and die*“. Auf die entsprechende Frage machen sie klar, daß derjenige, der zahlt, „*will get the necklace*“, d. h. daß er bei lebendigem Leib verbrannt wird. Auch hier waren die *comrades* die Wegbereiter der eigenen Niederlage. Dann außer aus den Kreisen der Arbeitslosen, der „umerzogenen“ Mitglieder von UDF und Azapo, der früheren Kollaborateure und zur „Bewährung“ entlassener Strafgefangener rekrutierte Pretoria die „*Kitskonstabels*“, die „*Green Flies*“, die „*Black Jacks*“, die „*Witdoeke*“ und die Angehörigen der anderen heute in vielen Gettos sehr mächtigen „*vigilante*“-Gruppen aus dem Kreis der Opfer der revolutionären Gewalt. Die *comrades* erklären auch die letzteren kurzerhand für „*weak-minded*“ und geben damit einmal mehr zu erkennen, daß sie einen der Gründe ihres Scheiterns nicht durchschauen.

5. Zum Fortgang des Befreiungskampfes

Geblichen sind bis auf den heutigen Tag die Hausaufschriften wie „*Viva MK*“, „*Viva Nelson Mandela and the ANC*“, „*Viva Russia*“, das letztere oft in Verbindung mit den Symbolen von Hammer und Sichel, „*Oliver Tambo High School*“, „*MK College*“ u. ä.. Sie machen deutlich, daß die Revolutionäre sofort wieder aufgebehen werden, sobald sich ihnen eine Gelegenheit dazu bieten wird. Das wird spätestens dann der Fall sein, wenn, wie von mehr oder weniger allen westlichen Regierungen gefordert wird, Pretoria den Mitte 1986 landesweit verhängten Notstand aufgehoben haben wird. Die jetzt auch zu bemerkenden Parolen der *vigilantes* wie „*Mandela — to hell with you*“ oder „*Oliver — stay in beautiful London*“ oder schlicht obszöne Äußerungen zur Person von Erzbischof Desmond

²⁴ S. dazu das Interview von Barry Streek mit Cyril Ramaphosa in „Africa Report“ (New York) März / April 1986, S. 10ff.

werden. Und dies nicht nur von westlichen Staaten, denen es kaum gelingen wird, den Import von Südafrikas wichtigsten Exportgütern (Gold, Platin, Industrie- und Schmuckdiamanten) zu unterbinden. Denn auch afrikanische Staaten, hier nicht zuletzt die Frontstaaten, sehen hier eine Möglichkeit, ihre oft maroden Volkswirtschaften teilweise zu sanieren.

Nachdem Ende Februar 1988 die UDF, Azapo und 15 weitere Organisationen des militanten Widerstandes politisch mundtot gemacht wurden, sinnt das schwarze Südafrika über neue Wege nach, die Regierung in Pretoria zu bekämpfen. Es hat den Anschein, als würden hier, solange Pretoria dies zulässt (!) dem *South African Council of Churches* (SACC), der *Southern African Catholic Bishops' Conference* (SACBC) wie auch einzelnen schwarzen Kirchen zusätzliche Aufgaben aufgebürdet werden. Schlicht falsch ist, wenn immer wieder zu hören ist, die englischsprachigen Kirchen insgesamt engagierten sich auf seiten der Unterdrückten. Denn die weißen anglophonen Anglikaner, Methodisten, Katholiken und Presbyterianer etc. stehen, wie ihre afrikaansen Mitbürger, politisch im Lager von P.W. Botha und in Zukunft wohl gar dem von dessen konservativem Gegenspieler, Dominee Andries Treurnicht von der *Konserwatiewe Party* (KP). Für sie gilt unverändert das Wort des Kapstädter Theologen Charles Villa-Vicencio, sie seien „*strong on protest and incredibly weak on resistance*“. Beiläufig sei hier vermerkt, daß Analoges für die englischsprachige Geschäftswelt gilt. Als sich etwa Anfang 1986 die mächtige *South African Federated Chamber of Industries*/Johannesburg mit der Forderung an die Öffentlichkeit wandte, Pretoria möge landesweit ein System permanenter Machtteilung (*consociational democracy*) einführen, distanzieren sich viele bedeutende Persönlichkeiten der Geschäftswelt von diesem Vorschlag. Die Folge war, daß die FCI in ernste finanzielle Schwierigkeiten geriet.

Im Dezember 1985 unterzeichneten südafrikanische und westliche Kirchenführer die sogenannte Deklaration von Harare²⁹, in der sie die politischen Positionen der südafrikanischen und namibischen Befreiungsbewegungen zu eigen machten. Der Geist dieser Erklärung prägte auch das Treffen südafrikanischer und ausländischer Kirchenleute mit Vertretern der Befreiungsbewegungen, das im Mai 1987 in Lusaka stattfand.

Schwarze Geistliche werden auch in Zukunft kundtun, daß ihre Positionen die von ANC, von PAC (und SWAPO) sind. Ihr Engagement wird deutlich machen, daß Pretoria den schwarzen Widerstand niedergedrückt hat, daß die Unterdrückten jedoch nicht gebrochen sind und es daher jederzeit zu neuen Aufständen kommen wird. Auch westliche Politiker und Wirtschaftsführer werden erkennen, daß die Gegenrevolution in Südafrika nicht obsiegt hat.

²⁹ Die Erklärung von Harare ist abgedruckt in „Ecumenical Responses to the South African Crisis“ in „South African Outlook“ (Rondebosch) Juli 1987, S. 77. Zu der Konferenz von Lusaka s. den Bericht von C.F. Beyers Naudé: „The Report on the World Council of Churches Conference, Lusaka, Zambia“ in „Refugees and Exiles Challenge the Churches/Report of the Nineteenth Annual National Conference of the South African Council of Churches held at St. Barnabas College, Johannesburg, 29th June – 3rd July“, S. 64–69, Johannesburg, 1987. Ebenda ist auf S. 161–164 das sog. Lusaka Statement abgedruckt.

³⁰ S. u. a. Thandeka Gqubule und Karen Evans: „The cross and the kruithoring“ in „The Weekly Mail“ (Johannesburg) vom 25./30. März 1988, S. 8. Carmel Rickard: „Beyond the pulpithe dilemmas of South Africa's political priests“, ebenda, S. 8; Smangaliso Mkhathshwa: „Looming conflict . . .“, ebenda, S. 9. Besonders wichtig erscheint „Church leaders meet at Khotso House before Cape Town march“ in „Ecunews“ März 1988, S. 5–6.

Tutu und anderen Helden der *comrades* machen deutlich, daß auch die schwarzen Gegenrevolutionäre und ihre weißen Hintermänner für die nächste Schlacht rüsten.

Das weiße Südafrika vermochte nicht, die *comrades* zu brechen; es hat sie fürs erste und nicht zum letzten Mal niedergedrückt. Geblieben ist vieles, was zum Niedergang Südafrikas beitragen wird: u. a. ein infolge der Disziplinlosigkeit der *comrades* oft chaotischer Schulbetrieb²⁵ sowie eine immense Armut. Die ohnehin in vielen Gettos (wie auch Bantustans) ca. 50 v. H. betragende Arbeitslosigkeit wird weiter ansteigen, sollten weitere „private“ und staatliche Sanktionen verhängt werden. Trotzdem geben Frank Chikane, Alan Boesak und Desmond Tutu u. a. die einmütige Forderung der *comrades* wieder, wenn sie weiteren wirtschaftlichen Sanktionen wie auch der sonstigen Isolierung der Republik Südafrika das Wort reden.

Eine Zeitlang mag in den Kreisen des Gewerkschaftsdachverbandes *Cosatu* die Frage aufgeworfen worden sein²⁶, ob möglichst umfassende Sanktionen der westlichen Staaten wirklich das adäquate Mittel seien, Pretoria in die Knie zu zwingen. Seit dem 24. Februar 1988 ist es *Cosatu* untersagt, sich mit politischen Fragen zu befassen. Zuwiderhandlungen würden strafrechtlich geahndet. So bleiben die Forderungen auch *Cosatus* nach sehr weitgehenden Sanktionen unverändert im Raum stehen. Viele *comrades* sind bereit, weitere Opfer zu erbringen, so dies den Sturz des verhaßten Regimes und seiner Apartheid beschleunigt. Sie sind bereit, ihre Arbeitsstellen zu verlieren oder weiterhin arbeitslos zu bleiben; in vielen Fällen sind *comrades* auch bereit, für die Befreiung Südafrikas von Apartheid zu sterben. Denn niemand im schwarzen Südafrika wird heute noch die Hoffnung haben, die Regierung sei zum Wandel im Politischen wenn schon nicht fähig, so doch zumindest willens. Die Erfahrungen bei der Niederschlagung der jüngsten Aufstände lassen die schwarzen Südafrikaner befürchten, daß Pretoria zu jeder Ruchlosigkeit fähig ist. Besonders drastisch hat das ein Bewohner Sowetos ausgedrückt, nachdem er die Vorsichtsmaßnahmen der Sicherheitskräfte am Vorabend des 16. Juni 1986, dem Tag der zehnten Wiederkehr des Ausbruchs der Rebellion in Soweto, beobachtet hatte: „*Chaps, I don't think there will be a Soweto after tomorrow. The SADF is just going to drop a bomb and wipe us all out.*“²⁷

In krasser Unterschätzung der wirtschaftlichen und militärischen Stärke Pretorias meinen viele Bewohner der Gettos, das Regime werde die Verhängung umfassender Sanktionen nur um wenige Jahre überdauern. Besser informierte Südafrikaner wissen, daß solche Äußerungen der Ausdruck von bloßem Wunsdenken sind. Mit Desmond Tutu werden sie allerdings fragen: „*If not this, then what?*“²⁸. Nach dem Scheitern der Aufstände von 1984/86 ist die Forderung nach Sanktionen eher der Ausdruck von Hilflosigkeit und Verzweiflung als von Zuversicht, endlich den richtigen Weg zum Sturz des rassistischen Regimes gefunden zu haben.

Die Unterdrückten fordern Sanktionen, obwohl sie wissen, daß diese umgangen

25 S. dazu Nomavenda Mathiane: „Quiet Collapse“ in „Frontline“ (Johannesburg) Januar 1988, S. 19–23.

26 Amarnath Singh: „The Politics of Sanctions“ in „Frontline“ (Johannesburg) August/September 1987, S. 14–16 (14).

27 Nach Nomavenda Mathiane: „Waiting for the knock on the door“ in „Frontline“ August/September 1987, S. 10.

28 Amarnath Singh, a. a. O., S. 15. S. dazu auch „Catholic bishops in U-turn on sanctions?“ in „Race Relations“ News (Johannesburg) Juli 1987, S. 5.